

0,148% = CO₂

Anteil der Schweiz am Welt-CO₂. Mit 20% "Reduktionsziel" wären wir dann bei 0,118%. Und dafür Hunderte Millionen CHF an neuen Steuern und Abgaben? Sind wir denn total gaga? Bei der Jahrhundertluge Waldsterben rastete nur die Schweiz aus, bei der CO₂-Lüge nun immerhin die *classe politique* der EU. Die hat offenbar keine anderen Probleme. Lassen wir uns nicht wieder zum Narren halten! Alle wollen nur an unser Geld. Daher: NEIN zur CO₂-Lüge!

BÜRGER-AKTION
Bürgeraktion, 8700 Küsnacht
PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-NR

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP SCHWEIZ IN CHAMBLON (VD) VOM 10. DEZEMBER 2011

Konkordanz oder Opposition? Die SVP und die Landesregierung

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 10. Dezember 2011 in Chamblon (VD) hielt Vizepräsident und Nationalrat Christoph Blocher eine Grundsatzrede zur Konkordanz, welche die Frage beantwortete: Gilt die Konkordanz oder soll eine Koalition von Gleichgesinnten regieren? Der Zürcher Bote druckt die Rede von Christoph Blocher vollständig ab.



CHRISTOPH BLOCHER
NATIONALRAT SVP
HERRLIBERG

In der Konkordanz regieren mehrere Parteien zusammen – sinnvollerweise die grössten. Nicht weil sie gleicher, sondern obwohl sie verschiedener Meinung sind. Sie haben nur etwas gemeinsam: Sie sind die Wählerstärksten. Für die Landesregierung hiess dies bisher: Die drei grössten Parteien sind mit je zwei Sitzen, und die kleinste Partei mit einem Sitz in der Regierung vertreten. Das galt zumindest solange, als die SVP die kleinste Partei war. Nachher waren der Ausreden viele, um die SVP ganz oder teilweise aus der Regierung auszuschliessen. Sie predigten Wasser und tranken Wein.

Am 14. Dezember 2011 geht es um die Konkordanz

Die Konkordanz garantiert eine gewisse Stabilität. Darum hat sich die SVP stets vorbehaltlos hinter die Konkordanz gestellt. Mit der «Zauberformel» – 2:2:2:1 – sind etwa 75 Prozent der Wählerinnen und Wähler im Bundesrat vertreten.

Das ist anspruchsvoll: Jeder Bundesrat trägt die Grundsätze seiner Partei und ihrer Wähler ins Regierungsgremium. Hier treffen die verschiedenen Ansichten aufeinander. Und hier muss nun ein tragfähiger Kompromiss erstritten, erkämpft und erlitten werden.

Was heisst das für die SVP? Erstens hat man den Gegner ernst zu nehmen, indem man sich mit ihm streitet. Es ist kein billiges Anbieten.

Die SVP setzt sich auch in der Regierung ein für Freiheit, für eine unabhängige Schweiz, für die Volksrechte, die dauernd bewaffnete Neutralität und die Sicherung der Wohlfahrt. Sie muss auch bereit sein, sogar mit einer SP notfalls einen Kompromiss einzugehen.

Die Konkordanz verlangt, dass die SVP notabene mit einer SP regiert, die in ihrem neuesten Programm genau das Gegenteil von der SVP darstellt.

Die SP strebt eine in die EU eingebundene Schweiz an, sie tritt ein für die Abschaffung der Landesverteidigung und für die Überwindung des Kapitalismus – d.h. für den real existierenden Sozialismus. Die SVP weiss, dass in der Geschichte Wirtschaftstotenstille, Hunger, Elend, Massenelend, Blutvergiessen und Millionen von Ermordeten, Verdrängten und Vertriebenen zur Diktatur geführt haben. Nein, wir regieren nicht mit der SP, weil uns dieses Programm begeistern könnte. Aber wir akzeptieren die SP, die mit 18,5 Prozent Wähleranteil die zweitgrösste Partei ist, und daher zwei Sitze zu gut hat.

Allerdings kann diese Bereitschaft der SVP nur dann gelten, wenn auch die SP bereit ist, der SVP – der mit 26,6 Prozent grössten Partei – zwei Sitze zugestehen. In der Konkordanz müssen alle involvierten Parteien diese mittragen – und zwar nicht nur verbal.

Darum gilt: Am 14. Dezember 2011 geht es um die Konkordanz.

Wird der SVP der zweite Sitz zugunsten der 5,4-Prozent-Partei BDP verweigert, ist die Konkordanz gebrochen. Dies hat unabsehbare Folgen.

Wo steht die SVP?

Die Entscheidung fällt in der Wahl um den zweiten Bundesratsitz. Eine Vertreterin einer 5,4-Prozent-Partei hat keinen Platz in der Konkordanz. Wird die SVP als stärkste Partei in ihrem Anspruch auf einen zweiten Sitz nicht berücksichtigt, ist die Konkordanz gebrochen. Dann gelten dann sofort keine Regeln und Abmachungen mehr.

26,6 Prozent der Wähler haben SVP gewählt, mehr als ein Viertel. Die SVP ist mit dem drittbesten Resultat in ihrer

92-jährigen Geschichte aus den Wahlen hervorgegangen. Die Partei hat erstmals 1919 an den eidgenössischen Wahlen teilgenommen. Das Jahr 1919 war auch das erste Jahr der Proporzahlen.

2011 hat die SP mit dem zweit-schlechtesten Resultat in ihrer Geschichte abgeschlossen.

Und die CVP und FDP liegen auf dem historischen Tiefpunkt.

Wer ist hier die Verliererpartei?

Der Auftrag der SVP

Die SVP hat vor den Wahlen dem Schweizervolk ein klares Programm und einen Vertrag mit dem Volk vorgelegt – 26,6 Prozent der Wähler haben sich dafür ausgesprochen und damit der SVP einen klaren Auftrag erteilt.

Am Anfang der Bundesverfassung steht geschrieben:

«Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.»

Meine Damen und Herren:

- Freiheit
- Volksrechte
- Unabhängigkeit
- Sicherheit

Genau dies ist das Parteiprogramm der SVP!

Die Verwirklichung dieser Ziele ist für die Schweiz existenziell.

Schauen Sie hinaus in die Welt. Die Schuldenpolitik ist das Resultat globalen Grössenwahns. Es ist eine Politik ohne die Grundsätze Freiheit, Volksrechte, Unabhängigkeit, Sicherheit! Meine Damen und Herren, wir stehen vor einer der grössten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg.

Es drohen Unsicherheit und Wirtschaftsniedergang mit Arbeitslosigkeit. Es gilt, diesen Gefahren entschlossen

entgegenzuwirken. Es gilt, die bewährten Grundsätze unseres Landes nicht zu verlassen. Bürger und Wirtschaft sind zu stärken. Ist es da sinnvoll, die grösste Partei aus der Regierung auszuschliessen?

Tadel als grösstes Lob

Es mag Leute unter Ihnen geben, die unter all den schadenfreudigen Meldungen und Falschmeldungen der Monopolmedien Fernsehen und Radio, sowie der Mainstream-Medien leiden. Doch gönnen Sie doch unseren Gegnern die Schadenfreude, dass die SVP nach 20-jährigem Dauererfolg am 23. Oktober 2011 etwas zurückgefallen ist.

Wer kann denn ein Lob erwarten von all denen, die sich schon lange von der Schweiz verabschiedet haben? Von all jenen,

- die uns Richtung EU treiben,
- die dem Druck aus der EU und den USA leichtfertig nachgeben,
- die die Schweizer Wirtschaft verregulieren und zu Tode verbürokratisieren,

- die die Stromversorgung unterbrechen, bevor sie neue Energiequellen haben,
- die die verheerenden Auswirkungen der Personenfreizügigkeit und von Schengen nicht sehen,
- die das Asylwesen nicht beseitigen, sondern verwalten und pflegen,
- die ein Finanzgebaren an den Tag legen, das die Schweiz zum Schuldenstaat macht?

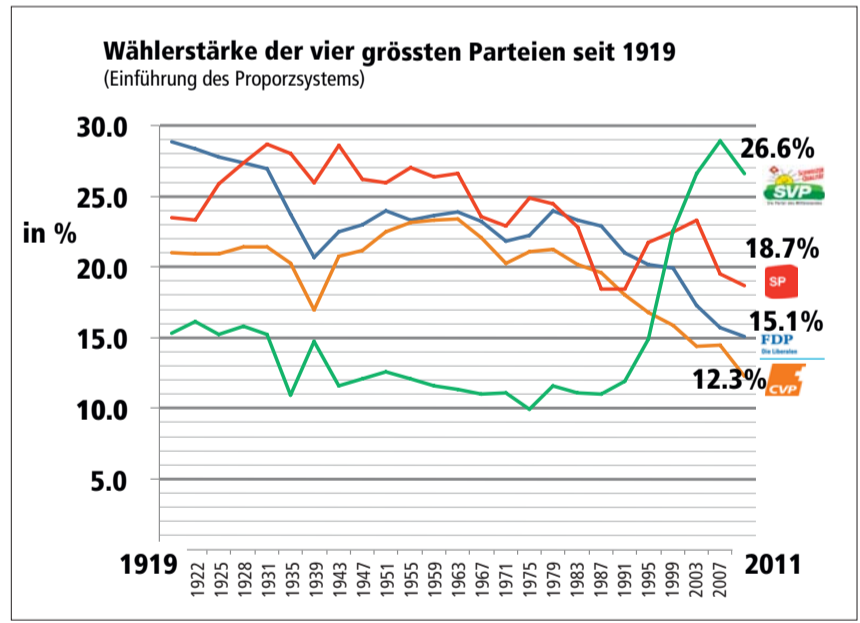
Sollten wir von diesen Kreisen Lob erhalten?

Nein: Der Tadel unserer Gegner ist gleichzeitig unser grösstes Lob.

Deshalb können wir freudig und selbstbewusst in die Zukunft schreiten.

Egal, ob die SVP in der Regierung als vollwertiger Partner vertreten ist oder ausserhalb der Regierung steht: Sie wird sich auf jeden Fall für die Schweiz einsetzen.

Beachten Sie auch den Artikel von Martin Baltisser auf Seite 2



Billiger telefonieren

30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 70 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren.

Bei Vertragsabschluss bis ende Jahr übernimmt Sunrise alle Wechselgebühren!!!

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessenanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

ZBV Versicherungen
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft
Tel. 044 217 77 50
www.zbv.ch

AGRISANO

Kompetent ...

MECACRYL

PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH

für Industrie, Gewerbe und privat

- Top-Zuschnittservice
- Plexiglas-Handwerk
- Thermoverformung

MECACRYL GmbH
H. Hablützel

Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

Blaser

Schmierstoffe für die Landwirtschaft - Besuchen Sie unseren Shop auf: www.blaser.com oder rufen Sie uns an: Tel. 034 460 01 01

Verstaubten Asylbegriff abschaffen



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Dieses Jahr darf die Schweiz den zweifelhaften Rekord von 20 000 Asylgesuchen feiern. Doppelt so viele wie zu jener Zeit, als Christoph Blocher die Verantwortung fürs Asylwesen trug. Blocher wurde abgewählt. Weil er das Problem im Griff hatte. Eveline Widmer-Schlumpf wurde zum Liebling der Linken. Weil sie den Laden schlittern liess. Und im Migrationsamt ein personelles Blutbad anrichtete. Heute herrscht bei Politikern und Medien das grosse Jammern.

FDP-Ständerätin Christine Egerszegi lamentiert lautstark über das geplante Asylzentrum im aargauischen Bettwil. Dabei hat die Heuchlerin aus Mellingen seinerzeit den asylpolitischen Aufräumer Christoph Blocher abgewählt. Und soeben Eveline Widmer-Schlumpf als Verursacherin des Desasters wiedergewählt. Justizministerin Simonetta Sommaruga präsentierte jetzt nach vier Jahren die alten Blocher-Lösungen: Dienstverweigerung und Desertion sind kein Asylgrund mehr. Sechzehn Ständeräte enthielten sich der Stimme. Sie haben schlicht keine Meinung.

Die Tunesier haben ihren Tyrannen abgeschüttelt und sich befreit. Dennoch stellten allein im Monat Oktober 321 Tunesier ein Asylgesuch. 3077 Eritreer zog es im Jahr 2011 als Asylbewerber hierher. Unsere kleine Schweiz besitzt die grösste eritreische Kolonie Europas. Die untätigen Politiker in Bundesbern berufen sich auf internationale und nationale Asylgesetze. Sie fühlen sich moralisch-ethisch tadellos. Und reichen das Debakel einfach an die Bevölkerung weiter. In Wienacht, Valzeina und Bettwil. Inklusiv Gewaltverbrechen, Einbrüchen, Pöbeleien, Anmache.

Während die Linke sonst angeblich antiquierte Zustände nicht genug kritisieren kann, hält sie an einem Asylbegriff fest, der mit den heutigen Realitäten nichts zu tun hat. Noch immer steht unsere Gesetzgebung unter dem Schock des Zweiten Weltkriegs und der Abweisung von Flüchtlingen an der Landesgrenze. Wir gewähren politischen Flüchtlingen Asyl, die in ihrer Heimat ihre Meinung nicht frei äussern können. Nach dieser Logik hätten 1,3 Milliarden Chinesen ein Asylrecht. Wir handeln unter dem Scheinbegriff Asyl nichts anderes als Migrations-, Arbeits- und Sozialpolitik ab. Ein milliardenteurer Leerlauf. Als mutiges, zukunftsgerichtetes Land müsste die Schweiz endlich ehrlich handeln. Und den Asylbegriff gänzlich abschaffen.

SESSIONSBERICHT 2. WOCHE

Bundesratswahlen: Kein Tag wie jeder andere ...

Nationalrat Hans Egloff (neu) wird zukünftig als Nachfolger von alt Nationalrat Hans Rutschmann für den Zürcher Boten aus den eidgenössischen Sessionen berichten. Der Zürcher Bote freut sich auf die Zusammenarbeit und dankt Hans Egloff im Voraus sehr herzlich für seine Berichterstattung aus Bundesbern.



HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

Die Stimmen sind ausgezählt, die sieben Mitglieder des Bundesrates für die 49. Legislaturperiode seit 1848 sind erkoren und der Pulverdampf verzieht sich. Wer für die nächsten vier Jahre in der Exekutive sitzt und wie sich diese parteipolitisch zusammensetzt, brauche ich nicht zu wiederholen: Das war und ist Thema auf allen Kanälen und in sämtlichen Medien. Die Hektik der wiederholten Entscheidungsfindungen und Feinabstimmungen im Vorfeld der Gesamterneuerungswahl vom 14. Dezember 2011 hat die Kräfte der Fraktionen voll beansprucht. «Auf dem Bock», wie der Vorsitzendensessel respektlos genannt wird, sass am Bundesratswahltag nicht wie üblich der Nationalratspräsident als protokollarisch höchster Schweizer, sondern der freisinnige Appenzell Ausserrhodener Ständeratspräsident Hans Altherr als sein Stellvertreter. Denn der am 5. Dezember 2011 mit einem absoluten Spitzenergebnis frisch gekürte Thurgauer SVP-Nationalratspräsident Hansjörg Walter kandidierte ja selber für einen zweiten SVP-Bundesratsitz. Es war wirklich kein Tag wie jeder andere ...

Bis zuletzt standen sämtliche Fraktionsmitglieder unter Dauerbeobachtung. Hinter «verschlossenen Türen» zu tagen, bedeutete nicht immer, sich

auf die Verlautbarungen aller Verbündeten und Gegenspieler verlassen zu können. Weil es unerlässlich war, flexibel zu bleiben und das Vorgehen erst kurz vor dem Wahltag festzulegen, musste natürlich auch der individuelle Wahlentscheid bis zuletzt offen bleiben. Zudem weiss man: Die Mitglieder der vereinigten Bundesversammlung wählen «ohne Weisungen» aufgrund eigener Lagebeurteilungen und Präferenzen. Jedenfalls hat das Parlament der SVP den berechtigten Anspruch auf einen zweiten Sitz erneut verwehrt. Bundesbern hat sich damit von der bewährten Konkordanz verabschiedet und definitiv eine Mitte-links-Koalition installiert. Dies muss unter verschiedenen Aspekten noch verarbeitet werden, auch wenn nun wieder die Sachgeschäfte im Vordergrund stehen.

Neue Herausforderungen

Auf Platz Nr. 16 als Nachbar meines Aargauer Fraktionskollegen und Bauunternehmers Hans Killer (63) aus Untersiggenthal startete ich am Montag, 5. Dezember 2011, als frisch gewählter Zürcher SVP-Volksvertreter ins Parlamentarierleben. Seinen Erfahrungsschatz weiss ich zu würdigen, denn Leute wie er kennen «Weg und Steg» im Parlamentsgebäude.

Bundesbern, so viel wurde rasch klar, «tickt anders» als der Zürcher Kantonsrat. Aber wie? Ein mehrsprachiges Parlament mit zwei Kammern und 246 Mitgliedern ist allein schon von der Grösse her eine Herausforderung.

Die allermeisten Neumitglieder mussten vor allem Kolleginnen und Kollegen kennen lernen und sich Namen und Gesichter merken. In der eigenen Fraktion zuhause zu sein, genügt eben nicht. Den politischen Gegenspielern ist nicht weniger Aufmerksamkeit zu widmen.

Hohe Schlagzahl in Bern

Überrascht war ich von der hohen «Schlagzahl» und den auch zeitlich sich überlagernden Anforderungen an die Ratsmitglieder. Partei, Fraktion, Kommissionen, parlamentarische Gruppen, Besucher, Medien und so weiter – man ist irgendwie stets «auf dem Sprung». Man muss in diesem hektischen Ratsbetrieb seine Kräfte richtig dosieren und Schwerpunkte setzen. Ich habe mir vorgenommen, insbesondere allen Aspekten der Eigentums- und Steuerpolitik meine volle Aufmerksamkeit zu schenken.

Als Jurist und Mitglied der nationalen Kommission für Rechtsfragen (RK) habe ich mit besonderem Interesse die Debatte um die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit verfolgt. Das «unmögliche» Anliegen von 1999 stammt aus der Hinterlassenschaft der liquidierten Landesring-EVP-Fraktion und wurde bereits zweimal verworfen. Doch der frühere Aargauer EVP-Nationalrat Heiner Studer hatte das alte Thema «neu» lanciert.

Nichts als Zwängerei

Die vom Bundesrat befürwortete Ein-

führung einer Verfassungsgerichtsbarkeit, die der Nationalrat knapp gut hiess, wäre ein massiver Eingriff in die Volksrechte und ein Angriff auf die direkte Demokratie. Die Verfassungsgerichtsbarkeit würde zu einer noch stärkeren Verpolitisierung der Justiz führen und Kompetenzen von der Stimmbürgerschaft und dem Parlament an die Gerichte verlagern. Das Volk soll nicht mehr das letzte Wort haben, dies ist das erklärte Ziel. Eine Marginalisierung der Volksrechte darf keinesfalls hingenommen werden. «Nichts anderes als Zwängerei» sei dieses Traktandum, erklärte mein Schwyzer Fraktionskollege Pirmin Schwander – er hat recht.

Nach dem Beschluss des Ständerates in der Herbstsession, Volksinitiativen materiell vorzuprüfen und Initiativbogen mit einem «Warnhinweis» an die Unterzeichner versehen zu wollen, ist nun höchste Wachsamkeit geboten. Bei der Verfassungsgerichtsbarkeit geht es um die Zuständigkeit für die Konkretisierung unbestimmter Verfassungsbegriffe. Auf Bundesgesetze wäre kein Verlass mehr. Rechtssicherheit ginge verloren. Die Befürworter der Verfassungsgerichtsbarkeit sind von Misstrauen und Geringschätzung gegenüber dem Souverän geleitet. Das ist unangebracht. Für mehr Rechtssicherheit wäre es besser der «Vorrang des Völkerrechts» in der Bundesverfassung zu streichen. Am Ständerat – und in letzter Instanz an der Stimmbürgerschaft – wird es liegen, die Notbremse zu ziehen.

BUNDESRATSWAHLEN VOM 14. DEZEMBER 2011

Das Parlament hat sich definitiv von der bewährten Konkordanz verabschiedet

Das Parlament hat am vergangenen Mittwoch bei den Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates der SVP den berechtigten Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Landesregierung erneut verwehrt. Damit hat sich das Parlament von der bewährten Konkordanz verabschiedet und definitiv eine Mitte-links-Koalition installiert.



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Es wurde eine Chance verpasst, langfristige politische Stabilität zu schaffen. Die SVP als weitaus wählerstärkste Partei und mit ihr mehr als ein Viertel der Bevölkerung sind in der Landesregierung weiterhin untervertreten. Die SVP wird sich nun voll auf die Probleme und Herausforderungen konzentrieren, vor-

den das Land steht: den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Verteidigung der Unabhängigkeit, die Sicherung der Sozialwerke, die Rückgewinnung des Handlungsspielraums in der Migrationspolitik, die Lösung der massiven Probleme im Asylbereich.

Die SVP bedauert den definitiven Bruch des Parlaments mit der Konkordanz, da sie sich grosse Sorgen um die Zukunft unseres Landes macht. Unsere Nachbarländer stecken in einer gravierenden Finanz- und Schuldenkrise, die Arbeitslosigkeit steigt, die sozialen

Spannungen nehmen zu, die innere Sicherheit ist durch das Asylchaos gefährdet. In dieser Situation wäre eine stabile Schweizer Regierung, bei der die vier grössten Parteien des Landes die gemeinsame Regierungsverantwortung entsprechend ihrer Wählerstärke tragen, von grösster Wichtigkeit. Die SVP kann mit nur einem Bundesrat die Regierungsverantwortung nicht mehr angemessen übernehmen und wird verstärkt auf die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mittels Referenden und Volksinitiativen setzen.

Die SVP gratuliert Bundesrat Ueli Maurer zur glänzenden Wiederwahl und wünscht ihm viel Kraft und Erfolg in der nächsten Legislatur, die für ihn als einzigen Vertreter der SVP sehr schwer werden wird. Die SVP dankt zudem Nationalrat Jean-François Rime und Nationalratspräsident Hansjörg Walter, dass sie bereit waren für die Wiederherstellung der Konkordanz anzutreten.

Die SVP ist stolz, über so profilierte und engagierte Persönlichkeiten zu verfügen.

Lieber Kampfflugzeuge als Währungsfonds (IMF)

er. Unmittelbar vor der Wintersession beschloss der Bundesrat zwei Drei-Milliarden-Vorlagen: Die Reaktionen auf die beiden Milliardenvorlagen hätten nicht unterschiedlicher sein können.

Beschluss für neue Kampfflugzeuge

Der Bundesrat hatte beschlossen, für den Schutz der Schweiz Kampfflugzeuge zu kaufen. Der Entscheid von Bundesrat Maurer war weise, im neutralen Schweden einzukaufen. Frankreich ist immer noch in vergessene, aber blutige Konflikte in seinen afrikanischen Kolonien verwickelt. Ob es sich um Uran, Erdöl oder andere Rohstoffe handelt, Frankreich kann diese praktisch gratis beziehen, die französische Regierung muss dort nur immer die Wahlen fälschen lassen und blutige Diktatoren an der Macht halten. Das französische Kampfflugzeug Raffale hätte der GSOA für ihre Agitation gegen die Armee nur billige Munition geliefert.

Kampfflugzeuge in steter Wiederholung

Nachdem Deutschland mit Grossmachtgetue den Flughafen Kloten gezwungen hatte, den Hauptlärm über die dichter bewohnten Gebiete wären auch die Eurofighter aus Deutschland unzumutbar für die vielen lärmgeplagten Flughafenwohner. Am folgenden Tag wurde in den Nachrichten von Radio DRS stündlich erwähnt, dass die

Schweiz neue Kampfflugzeuge zum Preis von drei Milliarden Franken kaufen wolle. Gelegentlich war auch hinzugefügt worden, dass die Schweiz in der heutigen Lage das Geld für diese einmalige Ausgabe gar nicht hätte. Man weiss aber nie, auf was für Hirngespinnste die Euroländer in der von ihnen verursachten Schuldenkrise noch ausbrüten werden. Ob nicht ein neuer Idiot wieder auf die Idee kommt, die Schweiz aufteilen zu wollen, und dann könnte man die Schulden bequem zahlen. In einer solchen Situation würden die Kampfflugzeuge den Frieden in der Schweiz garantieren, ohne dass sie zum Einsatz kommen müssen.

Erhöhung Jahresbeitrag an den IMF

Frankreich hatte schon vorher vorgesorgt, dass nach den üblen Sex-Eskapaden des französischen Sozialisten DSK wiederum eine Vertretung des Eurolandes Frankreich an den Schalthebeln der Macht im IMF zu sitzen kam. Dann wurde an einer Konferenz der Euroländer beschlossen, dass die Nicht-Euroländer über den Internationalen Währungsfonds verstärkt zur Rettung des Euro herangezogen wer-

den sollten. In den USA hat Obama bereits abgewunken, die Sanierung der überschuldeten Euro-Mitgliedsländer sei eine Sache der Europäer. Es ist absehbar, dass auch Kanada und andere Nicht-Euroländer keine Beiträge an den IMF zahlen wollen.

Finanzen für den IMF verpulvern?

Doch der Schweizer Bundesrat beschloss, den Jahresbeitrag der Schweiz an den IMF um drei Milliarden Franken auf über sieben Milliarden anzuheben. Für den Bundesrat schien die Gelegenheit günstig, die Bevölkerung würde sich wegen den Kampfflugzeugen ereifern und dann gar nicht wahrnehmen, dass jährlich grössere Finanzmittel im IMF verschleudert werden. Wie früher die ausserordentlichen Milliarden an den IMF wurde dies wieder mit dem Schweizer Exekutivsitze im IMF begründet. Dabei pfeifen es die Spatzen schon längst von den Dächern, dass die Schweiz in wenigen Jahren den IMF Exekutivsitze zugunsten eines Schwellenlandes wird räumen müssen. Es wurde schon oft wiederholt, dass die französische IMF-Direktorin keine Freundin der Schweiz sei. Doch in den wenigen Jahren zuvor soll die Schweiz

möglichst ausgepresst werden. Zudem machen Gerüchte die Runde, die Schweiz werde den IMF-Sitz an Polen abtreten, dann könnte die Schweiz weiterhin solch hohe Beiträge an den IMF-Zahlen und Polen würde sich dann als Exekutivdirektor streng an die Richtlinien der EU halten.

Will der IMF die Schweiz finanziell aushungern?

Während der Kauf von Kampfflugzeugen in jeder Nachrichtensendung wiederholt wurde, wurde die langfristig wesentlich grössere Belastung der Schweizer Staatskasse nur einmal erwähnt. Die Euro-Turbos dürfen so rechnen, dass nach diesem hohen Jahresbeitrag kein Geld mehr vorhanden sein dürfte, die Bedürfnisse der Armee zu decken. Sieben Milliarden Jahresbeitrag an den IMF sind eine grosse Menge Geld. Die Kampfflugzeuge wären nur eine einmalige Anschaffung gewesen und die Folgejahre hätten keine Lasten mehr zu tragen. Dagegen werden bei den Jahreszahlungen an den IMF die sieben Milliarden jedes Jahr wieder von neuem in das Budget der Nationalbank oder des Bundes eingestellt werden müssen.

KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Budgetdebatte

Diese Woche beschloss der Kantonsrat über das Budget 2012. Die SVP-Fraktion konnte mit Hilfe von FDP, CVP und GLP einige Sparanträge erfolgreich bei der Regierung deponieren.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Martin Arnold (SVP, Oberrieden) eröffnete die lange Debatte als Sprecher der SVP-Fraktion und betonte, dass sich die SVP sehr intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt habe. Der Budgetentwurf des Regierungsrates sehe eine Aufwandssteigerung von rund 10 Prozent und eine Steuererhöhung von 7 Prozent vor. Dies halte die SVP-Fraktion als schlicht inakzeptabel. Darum sehe die vorberatende Finanzkommission einige Verbesserungen vor, die allerdings dem Grundübel des überbordenden Ausgabenwachstums nicht Herr würden. Dieses scheine weiterhin ungebremst und die Regierung erkenne die Zeichen der Zeit nicht. Der Neuverschuldung des Kantons müsse dringend Einhalt geboten werden. Mit den Anträgen der Finanzkommission verbessere sich das Budget um 370 Millionen Franken und es verbleibe ein Ausgabenüberschuss von 81 Millionen. **Arnold Suter** (SVP, Kilchberg) stellte klar, dass das vorliegende Budget nicht zu verantworten sei und die Ausgaben auf Vorjahresniveau eingefroren werden sollten. Denn noch nie sei ein Staat durch Sparen zu Grunde gegangen, in Europa könne man zurzeit das Gegenteil beobachten. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) stellte erstaunt fest, dass die aktuellen finanziellen Turbulenzen keine Auswirkungen auf das Budget des Kantons hätten. **Gregor Rutz** (SVP, Küsnacht) stellte schliesslich den Antrag, das Budget an die Regierung zurückzuweisen mit dem Auftrag den mittelfristigen Ausgleich sicherzustellen. Das vorliegende Budget zeige in eine falsche Richtung, die Prognosen für die Zukunft seien schlecht und die Arbeitslosenzahlen zeigten nach oben. Darum sei Zurückhaltung und Vorsicht angezeigt. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) stellte fest, dass der Kantonsrat gefordert sei, NEIN zu sagen, um die Verschuldung nicht weiter voranzutreiben. Und **Hans Frei** (SVP, Regensdorf) stellte klar, dass es konsequent sei, das Budget zurückzuweisen, denn alle Fraktionen, ausser der EVP, hätten das Budget kritisiert. Darum müsse eine Weiche gestellt werden, um die Aufwandssteigerungen zu rechtfertigen. Der Kantons-

rat lehnte in der Folge die Rückweisung ab und befasste sich mit der Detailberatung. Aus Platzgründen hier nur eine Auswahl der wichtigsten Anträge:

Gemeindeamt

Zum Sparantrag von 300 000 Franken beim Gemeindeamt zeigte sich **Martin Zuber** (SVP, Waltalingen) nicht erstaunt, dass das Gemeindeamt immer mehr Aufträge erhalte. Denn dieses arbeite günstiger als die Konkurrenz und diese Bevorteilung führe zu einer Wettbewerbsverzerrung. **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) betonte, dass der Staat längere Spiesse als das Gewerbe habe und sich selber kontrolliere. **Claudio Schmid** (SVP, Bülach) betonte, dass das neue Revisionsrecht sehr grosse Prüfungen und Normen vorsehe, diese aber nicht vom Gemeindeamt verlangt würden. Der Antrag wurde genehmigt.

Opferhilfe

Zum Sparantrag von 150 000 Franken stellte **Beat Stiefel** (SVP, Egg) fest, dass diese Fachstelle auch mit der Kürzung noch leicht wachsen könne. Der Antrag wurde mit 102 zu 67 Stimmen gutgeheissen.

Sozialamt

Mit einem Minderheitsantrag versuchte **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) das Budget des Sozialamtes um 40 Millionen zu reduzieren, da in den vergangenen Jahren das Budget nie ausgeschöpft wurde. Es gehe nicht an, in einem angespannten Budget solche Reserven einzubauen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Nicht zugeordnete Sammelpositionen

Mit einem Sparantrag von 300 Millionen Franken im Konto «nicht zugeordnete Sammelpositionen» beschloss der Kantonsrat über das Filetstück dieser Budgetdebatte. **Martin Arnold** (SVP, Oberrieden) zeigte sich überzeugt, dass eine Budgetkürzung von 2 Prozent vertretbar sei. Dieser Antrag sei darum unverzichtbar und bringe das Budget in die Nähe des Ausgleiches. Der Rat genehmigte die Kürzung mit 106 zu 65 Stimmen.

Gerichte

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) stellte den Antrag, die Beiträge an die

Gerichte um 2 Prozent durch Effizienzsteigerungen zu reduzieren. **Claudio Schmid** (SVP, Bülach) betonte, dass auch die Gerichte im Prozess zur Sanierung des Staatshaushaltes einbezogen werden müssten. Der Kantonsrat lehnte diese Anträge ab, aber stimmte denn Reduktionen um 1 Prozent zu.

Kantonsrat und Parlamentsdienste

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) stellte klar, dass auch der Kantonsrat Potenzial habe, die Ausgaben einzudämmen. So könne zum Beispiel bei Kommissionsreisen und Weiterbildungen gespart werden. Dafür müsse nicht der Steuerzahler zum Handkuss kommen, sondern von den Mitgliedern des Rates aus dem eigenen Sack bezahlt werden. **Martin Arnold** (SVP, Oberrieden) stellte klar, dass der Betrag sehr einfach eingespart werden könne, wenn nur 5 Franken weniger Sitzungsgeld ausbezahlt würden. **Hans Heinrich Raths** (SVP, Pfäffikon) betonte, dass der Kantonsrat mit gutem Vorbild vorangehen müsse und bei sich selber auch einsparen könne. Der Antrag wurde mit 97 zu 71 Stimmen genehmigt.

Bildungsverwaltung

Zu einem Kürzungsantrag von 4,35 Millionen Franken stellte **Rochus Burtcher** (SVP, Dietikon) klar, dass bewusst nicht bei der Bildung gespart werden wolle, sondern bei der Bildungsverwaltung. Der stetige Anstieg der Mehrkosten müsse beschränkt werden, um sich auf die wichtigen Aufgaben konzentrieren zu können. Zudem würden mit einer schlankeren Bildungsverwaltung auch die Lehrer mit weniger Administration belastet. Der Antrag wurde mit 107 zu 63 Stimmen genehmigt.

Steuerfuss und Schlussabstimmung

Vor der Schlussabstimmung wurde der Steuerfuss auf 100 Prozent eingefroren. Der Antrag der SVP auf eine Reduktion um 5 Prozent fand ebenso wie der Antrag der SP, eine Erhöhung um 7 Prozent, keine Mehrheit. Nach über 15-stündiger Beratung fand das reduzierte Budget eine Mehrheit von 102 zu 68 Stimmen.

Gesundheitsdirektion

Mit der neuen Spitalfinanzierung besteht die vom Gesetzgeber gewollte Situation, dass der Kanton über seine Kompetenz zur Beitragsgenehmigung auf die Gesamthöhe der Spitalkosten Einfluss nehmen kann. **Willy Haderer** monierte beim Gesundheitsdirektor, dass in dieser Hinsicht das Kantonale Budget zu viel Spielraum nach oben offen lässt. Unsere beiden Sparanträge, 11 Mio. für zu hohe Teuerung und 40 Mio. für zu hohe Beiträge an die Spitäler wurden vom Rat genehmigt.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Finanzpolitik: SVP will Korrekturen

Die SVP betrachtet die finanzpolitischen Entwicklungen im Kanton Zürich mit grossen Bedenken. Der Voranschlag 2012 war für die SVP-Fraktion untragbar, weshalb sie dem Kantonsrat Rückweisung beantragte. Nachdem dieser Antrag gescheitert war, gelang es immerhin, Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe zu beschliessen und eine Steuerfusserhöhung zu verhindern.



KANTONS RAT
GREGOR A. RUTZ
VIZEPRÄSIDENT
SVP KT. ZÜRICH

Für das kommende Jahr über eine Milliarde Franken Mehrausgaben zu budgetieren und die Aufwandssteigerung mittels höherer Steuern finanzieren zu wollen, ist der falsche Weg. Genau dies jedoch beantragte Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP) dem Parlament. Der Budgetantrag sah nicht nur eine Aufwandssteigerung um rund 10 Prozent und eine Steuererhöhung um 7 Prozent vor, sondern hätte auch ein Defizit von fast 100 Mio. Franken und eine Erhöhung der Verschuldung zur Folge gehabt. Die SVP-Kantonsratsfraktion beantragte deshalb Rückweisung des Budgets an die Regierung.

Fataler Anstieg der Ausgaben

Es ist fatal, dass die Verwaltung stetig anwächst und die Staatsausgaben kontinuierlich ansteigen. Die Zwangsabgaben nehmen ständig zu, und trotz höherer Erträge resultieren in den öffentlichen Haushalten regelmässig Defizite. Die Finanzpolitik des Kantons Zürich geht in die falsche Richtung: Nur ein schlanker und effizienter Staat garantiert dem Bürger ein Höchstmass an individuellen Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten. Zürich ist nur mit einer bescheidenen Steuerbelastung und einer unbürokratischen Verwaltung ein konkurrenzfähiger Standort für Unternehmen. Darum ist eine finanzpolitische Trendwende vordringlich.

Die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung gibt Anlass zu grosser Besorgnis. 2011 ist die Wirtschaft kaum gewachsen, und für 2012 sind die Prognosen noch schlechter. Mit einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit ist zu rechnen. Auch die internationalen Entwicklungen sind schwer vorherzusagen. Angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Prognosen und der schwierigen derzeitigen Situation muss die öffentliche Hand den Gürtel enger schnallen. Der staatliche Aufwand ist zu senken – und nicht zu erhöhen. Die überbordenden Aufwandssteigerungen über höhere Steuern finanzieren zu

wollen, zeugt von wirtschaftspolitischer Kurzsichtigkeit.

Mittelfristiger Ausgleich gefährdet

Besondere Sorge bereitet die Tatsache, dass der mittelfristige Ausgleich im Kanton Zürich nicht mehr garantiert werden kann. Die Kantonsverfassung verpflichtet die Behörden, für einen mittelfristig ausgeglichenen Kantonshaushalt zu sorgen (Art. 123 KV). Im kantonalen Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) wird dies präzisiert: Wenn der mittelfristige Ausgleich gefährdet erscheint, muss die Regierung ihre Ausgabenbedürfnisse auf ihre «sachliche und zeitliche Dringlichkeit» überprüfen und dem Kantonsrat «Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben» vorschlagen (§4 CRG). Es ist also Aufgabe des Regierungsrates, konkrete Sparvorschläge zu erarbeiten und vorzulegen.

Um dies nicht an die Hand nehmen zu müssen, wendet die Kantonsregierung diverse Tricks an. So versucht der Regierungsrat mit der Vorlage zur Sanierung der BVK, diese verfassungsrechtliche Bestimmung zu umgehen. Rund 1,6 Milliarden der geplanten Einmaleinlage sollen vom mittelfristigen Ausgleich ausgenommen und dem Golderlös der Nationalbank zugerechnet werden. Doch der Trick funktioniert aus zwei Gründen nicht: Erstens sind nach dem Willen des Verfassungsgebers sämtliche Erträge – auch ausserordentliche – dem mittelfristigen Ausgleich zuzurechnen. Und zweitens wurde das Geld, welches der Kanton Zürich anno 2005 aus dem Golderlös erhalten hat, bereits mehrfach ausgegeben.

Korrekturen unumgänglich

Der Blick auf die möglichen Verpflichtungen, welche dem Kanton im Zusammenhang mit seiner Vorsorgeeinrichtung in den nächsten Jahren erwachsen werden, zeigt klar und deutlich: Der Kanton Zürich kann sich keinerlei Mehrausgaben mehr leisten. Im Gegenteil: Um alle Herausforderungen meistern zu können, müssen Reserven gebildet und die Verwaltungstätigkeit reduziert werden. Bis der Regierungsrat dies erkennt, dürfte aber noch einige Zeit verstreichen.

dienst Millionen von Steuerfranken. Nun soll das Fremdkapital sprunghaft ansteigen in einer Zeit der unsicheren Zinsentwicklung. Der zunehmend ineffiziente Abfluss von Steuergeldern ist vorprogrammiert, wenn nicht einschneidende Korrekturen zum Schuldenabbau eingeleitet werden. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 55 Prozent für das kommende Jahr spricht eine deutliche Sprache.

Die SVP sah sich gezwungen, heftig auf den Budgetantrag der Regierung zu intervenieren. Anträge zur Steuersenkung und rigorose Einschränkung der Aufwandsentwicklung waren die einzigen adäquaten Antworten. Sparprogramme müssen vom Regierungsrat eingefordert werden, eine Verzichtsplanung muss bereits mit den Budgetrichtlinien eingefordert werden.

Unser Rückweisungsantrag wurde einmal mehr von allen anderen Parteien in diesem Saal abgeschmettert. Eine konsequente und gegenüber unseren Steuerzahlern nachvollziehbare Finanzpolitik wurde von den Linken über die Mitteparteien bis hin zu den liberalen Grünen und Blauen in den Wind geschlagen. Auch die Finanzdirektorin wehrte sich entschieden gegen dieses Ansinnen einer grundsätzlichen Korrektur der Finanzpolitik. Frau Finanzdirektorin Gut ging noch weiter mit der

Aussage, dass der 300-Millionen-Sparantrag für sie rechtlich nicht bindend sei, weil bei diesem Konto Sparen nicht möglich sei.

Wäre nach diesem Votum in der Eintretensdebatte die Schlussabstimmung angesetzt gewesen, hätte ich unsere Fraktion spontan zur Ablehnung dieses Budget aufgefördert. Wer die Aufträge dieses Parlamentes so quittiert, beweist eines:

Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg. Ein solches Verhalten reflektiert nicht im Geringsten die zwingend notwendige finanzpolitische Führungsarbeit innerhalb des Regierungsrates. Frau Finanzdirektorin Gut, ich gehe noch einen Schritt weiter, ich erwarte, dass dieser 300-Millionen-Sparantrag, sofern dieses Budget heute verabschiedet wird, im Budget 2013 nicht wieder aufgehoben wird. Im Weiteren wird jede Umgehung des mittelfristigen Ausgleiches bekämpft, ein nächstes Sparpaket wird unumgänglich.

Dass die linke Ratsseite diesem Antrag gar nichts abgewinnen kann, ist nachvollziehbar. Wenn sich aber Stefan Feldmann diesbezüglich hinauslehnt und uns der Bankrotterklärung bezichtigt, dann weckt dies eine besondere Wachsamkeit.

Fortsetzung Seite 4

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

... einen Beitrag aus dem Lotteriefonds zugunsten der Stiftung Zürcher Kunsthaus genehmigt. 😊

... das Budget 2012 und den Steuerfuss festgesetzt. 😊😊

12. und 13. Dezember 2011

BUDGET 2012

Aufwandsenkungen und tiefere Steuern im Visier



KANTONS RAT
HANS FREI
FRAKTIONS PRÄS.
SVP KT. ZÜRICH

13 750 Millionen Franken sollen im kommenden Jahr im Kanton Zürich durch den Staat ausgegeben werden. Eine Summe, die leicht auszusprechen ist, in Tat und Wahrheit über deren Erwirtschaftung absolut ungenügend Rechenschaft ablegt wird.

Steuergelder sind keine Weihnachtsgeschenke, auch kein Geschenke in der Adventszeit. Im Rechnungsjahr 2010 wurden wir mit über 1,1 Milliarden Franken über Budget überrascht, für dieses Rechnungsjahr werden uns mit der Zwischenberichtserstattung II wiederum 300 bis 500 Millionen Steuererträge über Budget in Aussicht gestellt.

Steuern sind für jede natürliche wie juristische Person eine einschneidende Leistung gegenüber dem Staat. Eine Leistung, die keine Selbstverständlichkeit darstellt, die eine Würdigung und Wertschätzung verdient. Grundsätzlich steckt hinter jeder Einkommens- und Vermögensbildung Fleiss und Eigenverantwortung. Unser Wohlstand basiert auf diesem Fundament.

Naheliegender ist daher, dass jeder Steuerzahler und Zahlerin ein Recht hat, dass jeder Steuerfranken, in diesem Zusammenhang spreche ich von Franken und nicht von Millionen und Milliarden, effizient und verantwortungsbewusst eingesetzt wird. Dies ist die Grundlage, nach welcher wir das Budget des Kantons Zürich zu beurteilen und zu verantworten haben.

Mit Blick auf die sehr schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

hat die SVP-Fraktion das Budget 2012 äusserst kritisch beurteilt. Bankenkrise, Währungs- und Schuldenkrise im nahen und fernen Ausland, die nachgeworfenen und bereits verschlungenen Rettungspakete durch die Notenbanken lassen nichts Gutes erahnen. Diese Entwicklung ist geschichtlich nicht unbekannt, aber die Geschichte lehrt uns, dass wir aus der Geschichte nichts lernen.

Das vorgelegte Budget des Regierungsrates vermag dieser Entwicklung nicht zu genügen, gegenüber der wirtschaftlichen Ausgangslage ist eine Steuererhöhung nicht zu verantworten. Ineffizient eingesetzt sind Steuergelder, wenn sie zur Verzinsung von Fremdkapital nur durch unsere Konten fliessen wie das Wasser unter unserem Rathaus hindurch. Auch bei den heutigen tiefen Zinssätzen verschlingt dieser Zinsen-

LESERBRIEFE

Die EU will die Keule auspacken

Vor den Parlamentswahlen hielt sich die EU mit Forderungen und Drohungen zurück, um den EU-Kritikern nicht Wahlhilfe zu leisten. Jetzt will die EU uns unter Androhung von Vergeltungsmassnahmen zur Umgestaltung unseres Steuersystems nach ihren Vorgaben zwingen! Hätte dieses Vorgehen Erfolg, würden wir noch mehr mit Forderungen eingedeckt und die EU könnte unsere Politik massgeblich beeinflussen. Die Folgen wären hohe Steuern, Abschaffung der direkten Demokratie, Beteiligung am EU-Rettungsschirm, komplizierte, teilweise widersinnige Gesetze und Verhältnisse wie in der EU. Was ist aber von den «Vergeltungsmassnahmen» der EU zu halten? Wahrscheinlich eine leere Drohung, aber im Falle eines Falles müssten wir uns wie im 2. Weltkrieg auf unsere Trümpfe besinnen. Zum Beispiel die Schliessung von Gotthard und Simplon für Güterzüge und Lastwagen aus der EU. Oder die Kündigung der Personalfreizügigkeit usw. Ferner haben wir

mit der EU eine Reihe von künftigen Abkommen geschlossen. Kein einziges ist einseitig zu unserem Vorteil, wohl aber zu unserem Nachteil. Beispiele: 1,25 Milliarden sog. Kohäsionsbeitrag. Kauf von 240 Milliarden Euro, um denselben zu stützen, was für uns mit happigen Währungsverlusten verbunden ist. Ferner die Gewährung von Garantien (ein zweistelliger Milliardenbetrag) an den IWF, wovon wiederum die hochverschuldete EU profitiert. Ist es deshalb nicht eine Frechheit, von der EU – anstatt dankbar zu sein – uns zu drohen? Die EU liess verlauten, sie erwarte von der Schweiz nun «neue Vorschläge». Der Bundesrat sollte der EU Folgendes vorschlagen: Brüssel müsse ganz einfach die Ausgaben den Einnahmen anpassen, dafür sorgen, dass die EU-Länder gegenüber der Schweiz das Dublin-Abkommen einhalten (was zurzeit nicht der Fall ist) und uns gefälligst in Ruhe lassen!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Abonniert die BAZ!

Die Reaktion der gesamten linken Journalistenmeute auf den Kauf der BAZ durch Rahel Blocher, zeigt hoffentlich dem hinterletzten Schweizer auf, wer bei uns die Medien kontrolliert. Da kauft eine Medienseiterin eine vergleichsweise kleine Zeitung und schon werden die grossen Kanonen hervorgeholt. Wovor haben die linken Angst? Sie haben ja ihr erklärtes Ziel, alle Medien zu besetzen um damit die Instrumente für ihre Propaganda zu haben und politische Volksverhetzung zu betreiben, längst erreicht. Bis jetzt war nur die Weltwoche noch unabhängig und bot den Lesern gut recherchierte Artikel zum Lesen – sie wird für diese Arbeit permanent mit der ach so schlimmen SVP in Verbindung gebracht. Nun soll «der Blocher» (Herr Dr. Blocher, entschuldigen Sie den von den linken entlehnten Begriff) gemäss der linken Meute auch noch die BAZ kontrollieren. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat die Geschäftsfrau Rahel Blocher

das Unternehmen gekauft. Wozu konstruiert die Meute einen Fall von Sippenhaft? In allen Medien wird suggeriert, dass «Blocher» schlimmer sei als Berlusconi – dieser sei wenigstens transparent, «die Blochers» würden bald alle Medien der Schweiz kontrollieren – «der Blocher» müsse daher aus den NR austreten usw.

Das Vorgehen der gesamten linken Presse, das stark an die Zustände im Deutschland der 1930er-Jahre erinnert, hat System und basiert auf der Ideologie der Aktivisten der 1968er-Generation. Da müssen wir Bürgerlichen endlich aktiv werden – so geht das nicht weiter – als guten Anfang werde ich als Zürcher die BAZ abonnieren und damit den Chefredaktor Somm unterstützen. Und übrigens, dass die Linken keine Basler-Läckerli mehr essen, weil auch dieses Unternehmen der Rahel Blocher gehört, finde ich gut – es hat dann mehr Lächerli für mich.

Johann Widmer, Zürich

Zum Abschied von Dr. Reiterer

Dr. Michael Reiterer, der EU-Botschafter in der Schweiz, wird per Ende Jahr zurücktreten. Während seiner vierjährigen Amtszeit versäumte er keine Gelegenheit, uns den EU-Beitritt aufzudrängen. Deshalb könnte er – bevor er uns für immer verlässt – noch folgenden Ratschlag erteilen: Die EU sei bekanntlich eine Erfolgsgeschichte, ein Hort der Einigkeit und ein Garant für

Stabilität und gemeinsamen Wohlstand. Um ebenfalls davon zu profitieren, müsse die Schweiz den EU-Beitritt und die Übernahme des Euro schnellstens beschliessen. Sonst könnte es nämlich zu spät sein, weil es den Euro und die EU vielleicht bald nicht mehr gibt!

Otto Weiersmüller, Uetikon



Fortsetzung von Seite 3

Aufwandsenkungen und tiefere Steuern im Visier

Hatte nicht Stefan Feldmann vor bald sechs Jahren als verantwortlicher der Fiko-Sub-kommission BVK unsere Kritik am Engagement der BVK mit der gleichen Oberflächlichkeit in den Wind geschlagen? Heute wissen wir, dass dringender Handlungsbedarf angezeigt gewesen wäre. Mit den Auswirkungen sind wir zwischenzeitlich mit Milliardenforderungen konfrontiert. Da braucht uns Stefan Feldmann, Präsident der SP Kanton Zürich, in der Steuerfussdebatte keine Standpauke zu halten.

Im Budget 2012 sind die Sparanträge in der Summe von rund 365 Millionen zustande gekommen. Eine unumgängliche und umzusetzende Forderung, unsere Staatsfinanzen auf einen gesunden Kurs zurückzuführen, wie es der Regierungsrat auch in seinem Legislaturziel formuliert hat!

Ein Blick auf die Detailberatung zeigt, dass auf bürgerlicher Seite im Ansatz die Zeichen der Zeit aufgenommen wurden. Praktisch sämtliche Anträge der SVP-Kantonsratsfraktion wurden zu Mehrheitsanträgen in der

Finanzkommission. Anträge, die alle Direktionen zum Sparen verpflichten. Ebenso wichtig ist festzuhalten, dass nahezu sämtliche Anträge von linker Ratsseite, die zu einer Budgetverschlechterung führten, erfolgreich abgewendet wurden.

Mit unserem Antrag zur Steuersenkung auf 95 Prozent haben wir unser Ziel nicht erreicht. Wir halten in aller Deutlichkeit fest, dass ohne diese Forderung eine Steuererhöhung in diesem Rat nicht hätte abgewendet werden können.

Unter diesen Umständen hält sich die Begeisterung zum Budget 2012 in Grenzen, die SVP-Kantonsratsfraktion wird dem Budget zustimmen.

STADT WINTERTHUR

Der Gemeinderat Winterthur beschliesst Budgetkürzungen



DANIEL OSWALD
GEMEINDERAT SVP
WINTERTHUR

An den zwei Sitzungen vom 5. Dezember 2011 hat der Grosse Gemeinderat der Stadt Winterthur das Budget für das Jahr 2012 genehmigt. Erstmals seit einigen Jahren konnte von der bürgerlichen Ratsseite verhindert werden, dass das Parlament noch zusätzliche Ausgaben beschliesst. Das Ausgabenwachstum konnte sogar um 700 000 Franken reduziert werden. Das Resultat wurde durch 2 Anträge der SVP, welche den Verkauf von Einfamilienhäusern und Restaurationsbetrieben, welche keine

weitere 6 Millionen verbessert. Bei einem Nettoaufwand von 1,2 Mia. Franken bedeuten diese Verbesserungen noch nicht den notwendigen Befreiungsschlag, aber sie markieren in gewissem Sinne eine Trendwende. So haben sich neben der SVP auch die CVP, FDP und die GLP in ihren Voten bei der Eintretensdebatte klar für eine nachhaltigere Finanzpolitik ausgesprochen. Es ist das gemeinsame Ziel, den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt Winterthur wieder zurückzugewinnen, so dass in absehbarer Zukunft der Steuerfuss gesenkt werden kann.

Die SVP Winterthur ist überzeugt, dass die laufenden Kosten der Stadt um 50 bis 100 Mio. Franken reduziert werden können. Dies ist auch eine absolute Notwendigkeit, da verschiedene

Investitionen zu tätigen sind, die Pensionskasse saniert werden muss, die Verschuldung reduziert und Eigenkapital gebildet werden muss und eben wie bereits erwähnt, auch eine Reduktion des Steuerfusses möglich sein muss.

Die Stadt Winterthur lebte in den vergangenen Jahren über ihre Verhältnisse. Der Nettoaufwand betrug 2009 836 Mio. Franken. Für das Jahr 2012 sind Ausgaben von 1,22 Mia. budgetiert, was eine Steigerung um 46 Prozent bedeutet. Bei der Bevölkerung ist im gleichen Zeitraum mit einem Anstieg von 14 Prozent, nämlich von 91 000 auf 104 000 zu rechnen. Diese Zahlen hören sich geradezu grotesk an, wenn man bedenkt, dass sowohl im Jahr 2003 als auch im Jahr 2007 Sanierungsprogramme durchgeführt wurden.

Für die Jahre 2013 bis 2015 rechnet die Stadtregierung mit Defiziten von insgesamt 40 Mio. Franken, bei einem aktuell vorhandenem Eigenkapital von 27 Mio. Franken. Wir von der SVP Winterthur akzeptieren diese Entwicklung nicht. Für die kommenden Jahre erwarten wir eine Reduktion des Aufwandes. Der Stadtrat wurde aufgefordert, Massnahmen zur Beseitigung der Defizite einzuleiten. Die Zeit, in welcher aufgrund des Finanzausgleichs taktische Budgets erstellt werden müssen, ist ab 2013 definitiv vorbei. Die SVP Winterthur erwartet auch hier eine Nachhaltigkeit. Andernfalls sehen wir uns gezwungen, die zukünftigen Budgets abzulehnen.

PNEUHAUS WEGMANN

Mitglied der

Gruppe freier Reifenfachhändler

Ihr Partner für Landwirtschaftsreifen!

Pneuhaus Wegmann AG
Ringstraße 2 · 8317 Tagelswangen
Tel. 052 343 11 68
Fax 052 343 67 32
info@pneuhaus-wegmann.ch

Wir kaufen

Mehrfamilienhäuser, Abbruchobjekte, Bauland und Villen

Angebote an:
Konrad Gadiant,
Postfach 311,
8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80,
konrad.gadiant@bluewin.ch

Büro/Gewerbe

Per 1. Januar 2012 vermieten wir in unseren ruhigen und freundlichen Räumlichkeiten in Dübendorf eine bezugsbereite Büroraumfläche.

Wir bieten:

- Attraktive Lage
- Erstvermietung
- Bezugsbereite Büroräume, bestehend aus 2 Büros mit 22,5 m² und 65,3 m²
- Beste Zufahrtswege von der Autobahn, genügend Parkplätze
- Bushaltestelle in unmittelbarer Nähe mit direkter Verbindung zum Bahnhof Stettbach (10 Minuten Fussweg entfernt)

Bitte setzen Sie sich bei Interesse mit Herrn Yves Gadiant, Sekretär SVP des Kantons Zürich, in Verbindung – wir geben Ihnen gerne weitere Auskünfte unter Tel. 044 217 77 66 oder sekretariat@svp-zuerich.ch.

Adresse: Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Preis: Nach Vereinbarung



DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP SCHWEIZ IN CHAMBLON (VD) VOM 10. DEZEMBER 2011

Die Herausforderungen des Bundesrates in der nächsten Legislatur

Alle vier Jahre schreiben Bundesrat und Parlament ein Legislaturprogramm. Darin steht, welches die politischen Schwerpunkte bis zu den nächsten Wahlen sein sollen und in welche Richtung man gehen will. Daneben gibt es aber noch ein anderes Legislaturprogramm; ein Legislaturprogramm, das von der politischen Realität geschrieben wird.



UELI MAURER
BUNDESRAT SVP
WERNETSHAUSEN

Für die nächsten vier Jahre müssen wir davon ausgehen, dass uns die politischen Prioritäten diktiert werden: Durch die Schuldenkrise in Europa und den USA, durch die Entwicklungen in der EU und durch die Forderungen, die an unser Land gestellt werden.

Unser Land steht also sowohl vor grossen wirtschaftlichen als auch vor grossen politischen Herausforderungen:

Die Schuldenkrise wirkt sich auf die Weltwirtschaft aus. Auch die Schweiz muss mit einer Rezession rechnen. Erfahrungsgemäss steigt dann die Versuchung, mit staatlichen Eingriffen die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen. Aber mit mehr Staat gibt es auf die Dauer nicht mehr Wachstum, sondern höhere Regulierungsdichten, Staatsquoten und Steuern. Wir müssen darum in den nächsten vier Jahren den staatsgläubigen Reflexen widerstehen und auf unsere bewährte freiheitliche Ordnung setzen.

Nebst wirtschaftspolitischen Herausforderungen bringt die Krise vor allem auch staatspolitische und aussenpolitische Herausforderungen. Darauf möchte ich näher eingehen: Schon in den vergangenen Jahren ist die Schweiz immer wieder unter Druck gesetzt worden. Man hat uns vorgeworfen, wir seien ein «Steuerparadies», so als ob ein Paradies etwas Schlechtes wäre; man hat uns mit schwarzen Listen und mit der Kavallerie gedroht.

Und dieser Druck wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen: Die Schuldenstaaten werden noch vermehrt einen Sündenbock suchen, um von den eigenen Problemen abzulenken. Zudem fürchten sie die Standortkonkurrenz mit der freiheitlichen Schweiz. Und nicht zuletzt finden sie bei uns, was ihnen fehlt: nämlich Geld.

Die angeschlagenen grossen, stolzen Staaten werden noch vermehrt ihre Macht und Muskeln gebrauchen, um Interessen durchzusetzen.

Sollte sich die Krise weiter verschärfen, dann werden auch der Ton nochmals härter und die Forderungen nochmals dreister. Schon jetzt wird in verschiedener Hinsicht unser Selbstbestimmungsrecht in Frage gestellt. In den kommenden vier Jahren wird darum die Unabhängigkeit der Schweiz das Hauptthema sein.

Das ist für uns unangenehm, aber es ist nicht neu. Die Frage der Unabhängigkeit ist Teil unserer Landesgeschichte. Ein Kleinstaat wie die Schweiz muss sich immer wieder behaupten. Die Existenz unseres Landes ist keine Selbstverständlichkeit, sondern braucht einen dauernden Einsatz und Effort.

Immer in der Geschichte hat es nebst dem Druck aus dem Ausland auch die Stimmen im Inland gegeben, die für Anpassung und Aufgabe plädierten. Der Einsatz für eine unabhängige Schweiz muss daher immer an zwei Fronten erfolgen:

Auf Regierungsebene, um dem Druck von aussen standhalten. Und im Volk, um in wichtigen Abstimmungen eine Mehrheit für unsere freiheitliche Ordnung und Unabhängigkeit zu finden.

Damit steht die Aufgabenteilung fest: Die eine Aufgabe ist, dem Druck von aussen die Stirne zu bieten. Das ist die Aufgabe des Bundesrates. Die zweite Aufgabe ist, im Innern gegen Verblendungen und Selbstaufgabe anzukämpfen. Das ist die Aufgabe aller Bürger, die an unser Land glauben.

Unabhängigkeit als dauernde historische Herausforderung

Druck war in der Vergangenheit oft der Normalzustand. Die Beispiele aus der neueren Geschichte stimmen insofern zuversichtlich, als sie zeigen, dass mit dem notwendigen Willen auch unser

kleines Land grossem Druck standhalten kann – sonst gäbe es die Schweiz schon lange nicht mehr.

Wiener Kongress

Schon in den Jahren nach dem Wiener Kongress von 1815, als die Schweiz nach dem Zusammenbruch von Napoleons Reich wieder zum unabhängigen Staat wurde, stand ihre demokratische Ordnung unter starkem aussenpolitischen Druck: Die grossen europäischen Grossmächte Österreich-Ungarn, Preussen, Russland und Frankreich schlossen sich zu einem Bund zusammen, zur Heiligen Allianz. Die freie Schweiz passte den Monarchen nicht ins Weltkonzept. Entsprechend war die Schweiz dauernd Erpressungen und Drohungen ausgesetzt.

Reichsgründungen

Dann kam in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Entstehungszeit der neuen grossen, zentralistischen Nationalstaaten. 1861 entstand das Königreich Italien, 1871 das Deutsche Kaiserreich. Da stellten auch bei uns viele die Frage, ob die Schweiz als kleines Land überhaupt weiterbestehen könne.

Weltkriege

Nicht besser war es in der Epoche der beiden grossen Weltkriege. Auch da gab es im Inland und im Ausland Stimmen, die verlangten, dass die Schweiz nicht abseits stehe und Partei ergreife.

Kalter Krieg

Während des Kalten Krieges war die Freiheit wiederum doppelt gefährdet: Aussenpolitisch durch die militärische Bedrohung des Warschauer Paktes, innenpolitisch durch Sympathisanten des Sozialismus und Marxismus. So pflegte die SP Kontakt zur DDR, Delegationen besuchten einander gegenseitig und man tauschte brüderliche Grüsse unter Genossen aus.

EWR

Viele von uns erinnern sich noch gut an die Abstimmung über den EWR. Damals war es vor allem eine selbst ernannte Elite in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die die Unabhängigkeit unseres Landes schlechtmachte.

Im Abstimmungsbüchlein für den 6. Dezember 1992 schrieb der Bundesrat von der «Gefahr einer Isolation der Schweiz in Europa», die es abzuwenden gelte. Und Staatssekretär Blankart drohte: «Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen.»

Druck wird Legislatur dominieren

Diese ewige Auseinandersetzung um Freiheit und Unabhängigkeit geht heute weiter. Wie immer wieder in der Geschichte, werden an uns Forderungen gestellt, die auf unsere Freiheit und Unabhängigkeit abzielen.

Der Bundesrat ist gefordert. Denn es ist die Aufgabe der Landesregierung, die Interessen der Schweiz zu verteidigen.

Schliesslich haben sich alle in der Landesregierung mit Eid oder Gelübde auf die Verfassung verpflichtet. Und da heisst es:

«Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.»

Und genau um diese Unabhängigkeit geht es in den nächsten Jahren. Ich kann Ihnen einige dieser Forderungen an unser Land nennen, denen wir uns in der nächsten Legislatur entgegenstellen müssen:

– Ein unabhängiges Land bestimmt selbst über den Schutz der Privatsphäre. Dazu gehört auch das Bankkundengeheimnis. Jetzt fordern ausländische Staaten, dass wir diesen Schutz aufgeben. Oder sie kaufen

sogar CD's mit gestohlenen Bankdaten.

– Ein unabhängiges Land bestimmt selbst über seine Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Die EU aber mischt sich in unsere innere Ordnung ein und wirft uns «schädliche Steuerpraktiken» vor. Sie will uns Vorschriften über die Besteuerung von Unternehmen machen.

– Ein unabhängiges Land bestimmt selbst, wer einreisen und sich niederlassen darf. Dieses Recht haben wir mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen bereits abgetreten. Damit haben wir unseren Spielraum in der Ausländerpolitik so stark eingeschränkt, dass wir die Zuwanderung nicht mehr selbst steuern können. Die Folge ist eine massive Einwanderung, die die Kapazität unseres kleinen Landes in jeder Hinsicht sprengt – sollte die Rezession auch die Schweiz erfassen, entsteht so ganz gefährlicher gesellschaftlicher Zündstoff. Wir müssen alles daran setzen, hier wieder unsere Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Darum sind wir mit der Volksinitiative zur Steuerung der Einwanderung auf dem richtigen Weg.

– Ein unabhängiges Land bestimmt seine Rechtsordnung selbst. Jetzt fordert die EU, dass wir unser Recht automatisch dem EU-Recht anpassen.

Dynamische Rechtsübernahme, institutionelle Lösung oder Bilaterale III heissen die Decknamen. Aber die wirkliche Bedeutung ist die: Wir verpflichten uns nicht nur, die bestehenden Gesetze der EU zu übernehmen, sondern auch alle Gesetze, die die EU in Zukunft einmal beschliessen wird. Das ist so, wie wenn Sie privat einen Vertrag abschliessen, mit dem Sie sich selbst binden, der Gegenpartei aber erlauben, den Inhalt jederzeit frei und beliebig abzuändern. Dem sagt man, die Katze im Sack kaufen. Und staatspolitisch nennt man so etwas einen Kolonialvertrag.

Die automatische Rechtsübernahme hätte die Qualität des EWR-Vertrages. Es gehört darum auch zu den Herausforderungen des Bundesrates, in der nächsten Legislatur zu verhindern, dass wir uns an ein sinkendes Schiff ketten, auf dem die Passagiere schon nach den Rettungsbooten rufen.

Sicherheit als Fundament von Unabhängigkeit und Freiheit

Eng mit der Unabhängigkeit der Schweiz verbunden ist die Frage der Sicherheit. Denn die Sicherheit ist das Fundament für Unabhängigkeit und Freiheit, Lebensqualität und Wohlstand. Die Sicherheit ist darum das zweite grosse Thema der nächsten Legislatur:

– Die zunehmende Kriminalität beschäftigt die Bevölkerung verständlicherweise stark. Auch wenn die Innere Sicherheit eine Aufgabe der Kantone ist, ist der Bund gefordert. Die Gesetzgebung ist Bundessache, so zum Beispiel die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. Auch die Asylproblematik ist Bundessache – der Zusammenhang zwischen steigenden Asylzahlen und der steigenden Kriminalität wird jetzt nach den Wahlen sogar in den Medien zum Thema.

– Nebst der Inneren Sicherheit wird auch die Landessicherheit in der nächsten Legislatur ein Thema bleiben. Wir haben in den letzten Jahren wichtige Weichen für eine einsatzfähige Armee stellen können. Damit stellen wir die Sicherheit her, die für jede erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung eine Voraussetzung ist. Und darüber hinaus ist eine einsatzbereite Armee auch ein starkes Be-

kenntnis zur Unabhängigkeit unseres Landes. Wir machen damit klar, dass uns diese so viel wert ist, dass wir sie im Notfall auch militärisch verteidigen würden.

– Sicherheit und Unabhängigkeit haben auch eine finanzielle Seite: International stehen wir mit unserem Staatshaushalt gut da. Aber auch wir haben offene Pendenzen. Ich denke zum Beispiel an die Sozialwerke. Hier haben wir die die Kostenentwicklung nicht im Griff. Darum gehören auch sie weit oben auf die Prioritätenliste. Die Schuldenkrise zeigt uns ganz deutlich, wie wichtig solide Staatsfinanzen sind.

Jahrelang mussten wir uns anhören, wir wollten den Staat kaputtsparen oder totsparen. Diese Gefahr droht nicht. Hingegen sehen wir jetzt deutlich, dass man Staaten kaputtverschulden und damit ganze Volkswirtschaften ruinieren kann. Und die überschuldeten Länder realisieren langsam, dass sie durch den Zustand ihrer Staatsfinanzen sogar ihre Unabhängigkeit verlieren. Denn auch international gilt: Wer zahlt, befehlt!

Damit schliesst sich der Kreis und wir sind wieder bei der wirtschaftlichen Lage, die ich zu Beginn angesprochen habe: Nur wenn wir unabhängig bleiben, können wir unsere bewährte freiheitliche Ordnung bewahren. Und nur wenn wir unsere freiheitliche Ordnung bewahren, haben wir auch in Zukunft eine solide wirtschaftliche Basis für unsere Unabhängigkeit. Dass wir auf dem richtigen Weg sind, beweisen uns die Schuldenstaaten: Sie setzen auf Staatswirtschaft, Regulierung und die Verwaltung als Wachstumsmotor. Gewachsen ist nicht die Wirtschaft, sondern der Schuldenberg. Der Druck, den sie auf uns ausüben, gilt unserem Erfolg. So unangenehm er ist, gibt es keine bessere Bestätigung, dass wir im internationalen Wettbewerb als kleines, aber freies Land gut dastehen.

Umso mehr müssen wir gerade in härteren wirtschaftlichen Zeiten unseren unabhängigen, freiheitlichen Weg konsequent weiterverfolgen: Keine

Steuererhöhungen, Sanierung der Sozialwerke, Entlastungen für die Wirtschaft, weniger Vorschriften, weniger Einschränkungen und Auflagen. Kurz: Weniger Staat und mehr Freiheit für alle – auch das gehört zu den Aufgaben für die nächsten Jahre!

Eine stabile Regierung für existenzielle Entscheide

Die Liste der Herausforderungen für die nächste Legislatur liesse sich noch fortsetzen. Aber das Wichtigste kann ich so zusammenfassen:

Die Unabhängigkeit der Schweiz ist keine Selbstverständlichkeit. In der Vergangenheit wurde sie immer wieder in Frage gestellt. Und sie wird in den nächsten vier Jahren noch heftiger in Frage gestellt.

Der Einsatz für die Unabhängigkeit, die Sicherheit und eine freie Wirtschaftsordnung sind darum die grosse Herausforderungen der kommenden Legislatur. In diesen Fragen fallen die wichtigen Entscheide für unser Land.

Die Landesregierung spielt dabei eine ganz zentrale Rolle: Sie gibt die Richtung vor, sie lenkt und stellt die Weichen. Das Volk kann in Abstimmungen allenfalls noch die Notbremse ziehen, aber Richtung und Rhythmus bestimmt der Bundesrat.

Darum ist die Qualität der Arbeit in der Landesregierung in den nächsten Jahren existenziell für die Schweiz. In der kommenden Legislatur wird der Bundesrat unter anderem die Verhandlungsgegenstände mit der EU festlegen, er gibt den Diplomaten die Bandbreite vor, in welcher sie Konzessionen machen können, er signalisiert gegenüber dem Ausland Anpassung oder Widerstand.

Nochmals: Es geht um die Unabhängigkeit des Landes. Darum ist es wichtig, dass sich möglichst viele Bürger durch die Regierung vertreten fühlen. Auch all die Schweizerinnen und Schweizer, die für unsere Unabhängigkeit eintreten, müssen angemessen repräsentiert sein. Nur so erhält der Bundesrat die nötige Stabilität, um sich den grossen Herausforderungen der nächsten Legislatur stellen zu können.

Neujahrsveranstaltung

Montag, 2. Januar 2012, 10.30 Uhr

Turnhalle Eichi, Niederglatt 9.15 Uhr Türöffnung

Ansprache von **Christoph Blocher**

Würdigung grosser Zürcher Persönlichkeiten



Alfred Escher
(1819 – 1882)
Architekt der modernen Schweiz



Gottfried Keller
(1819 – 1890)
«Alles Grosse und Edle ist einfacher Art»



Rudolf Koller
(1828 – 1905)
Bilder als Erzählung von Natur und Tieren

und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz

Drei Hauptwerke Rudolf Kollers werden im Original gezeigt.

Imbiss im Anschluss offeriert. Parkplätze vorhanden.

10 Minuten zu Fuss ab Bahnhof Niederglatt.

Shuttle-Bus ab Bahnhof Niederglatt.

www.blocher.ch

Es laden ein: SVP Niederglatt, SVP Bezirk Dielsdorf, SVP Frauen Kanton Zürich, Junge Sektion SVP Unterland

Fadegrad

Wieder einmal PISA



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Kürzlich wurden die Resultate der PISA-Studie 2009 veröffentlicht. Es nahmen aus der Deutschschweiz Appenzell Ausserrhodens, Schaffhausen, St. Gallen, Bern, Aargau und Zürich teil. Das ist auch gleich die Rangfolge der Resultate. Zürich ist der einzige Kanton der Deutschschweiz, der durchwegs schlechter ist als der Schweizer Durchschnitt. Auf die Resultate angesprochen, schob Frau Regierungsrätin Aepli als Bildungsdirektorin die Schuld auf den hohen Anteil von fremdsprachigen Kindern. Zu dieser Schülerkategorie gehören inzwischen 29,1 Prozent; Zunahme um 4,3 Prozent seit 2000. In den schwächeren Schülerkategorien der Sekundarschulstufe B und C sind nach einer Steigerung um mehr als 9 Prozent knapp drei Viertel aller Kinder nicht deutscher Muttersprache. Frau Aeplis Aussage tönt logisch: «Schaut man nur die Schulleistungen der einheimischen deutschsprachigen Jugendlichen an, erzielt Zürich ähnliche Resultate wie die anderen Kantone» (Zitat: Der Sonntag, 10.12.11). Nur, anscheinend stimmt das nicht. «Jeder fünfte 15-jährige Schüler ist in Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften so schwach, dass seine berufliche Zukunft gefährdet ist», schildert «Der Sonntag» die Situation im Kanton Zürich. Im Kanton Schaffhausen, in dem die Ausländersituation anscheinend nicht wesentlich anders ist als in Zürich, schneiden die Schüler viel besser ab. Der Grund für das schlechte Resultat Zürichs wird vom Lehrerverband bei der frühen Einteilung in die Schulstufen gesucht. Zürich hatte zum Studienzeitpunkt mehr Stufen als alle anderen Kantone (Langzeit und Kurzzeit Gymi, Sek A, B, C sowie Sonderklassen und -schulen). Ausserdem werden über den integrierten Unterricht zunehmend Sonderschüler in die Regelklassen eingeteilt, die das Ergebnis drücken. Als wichtiger Faktor wird die soziale Herkunft genannt. Im Kanton Zürich gibt es rund 40 Privatschulen, in die, vorsichtig geschätzt, rund 6000 Kinder gehen. Es dürfte sich mehrheitlich um Schüler handeln, die in der Volksschule nicht reüssierten. Wer zum Zeitpunkt der Auswahl des Übertritts in die Oberstufe, also mit 12 Jahren, nicht fit ist, muss mit einer Einteilung in die Sek B/C rechnen. Wer seinem Sohn – denn um die geht es ja meistens – eine vernünftige Berufsausbildung mitgeben will, hat angesichts der trüben, oben geschilderten Rahmenbedingungen in der Volksschule ein hohes Interesse, ihn in eine geeignete Privatschule zu schicken. Die Kosten von durchschnittlich 20 000 Franken jährlich können sich nicht alle leisten. Die meisten Schüler in einer Privatschule finden ihren Weg und schliessen eine Ausbildung ab. Damit wird das öffentliche Bildungssystem entlastet und die Absolventen der Privatschulen erbringen später einen volkswirtschaftlichen Nutzen. Die Zürcher Volksschule erbringt ihre Leistung nicht, kassiert aber alle Steuereinnahmen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Budget 2012 – Chance verpasst

Die schwarze Null des vom freisinnigen Finanzvorsteher vorgelegten Budgets für das nächste Jahr ist nicht das Resultat einer Verzichtplanung, sondern das Ergebnis höherer Einnahmen und der Auflösung von Reserven.



MONIKA ERFIGEN
GEMEINDERATIN SVP
ZÜRICH 7/8

Die Veränderung gegenüber dem Budget 2011 beträgt im Verwaltungsbereich fast 500 Millionen Franken. Mit 20295 Stellenwerten weist der Budgetvorschlag 254 zusätzliche Stellen aus. Der Stadtrat weigert sich offensichtlich und nach wie vor, über Sparprogramme und eine Verzichtplanung nur schon laut nachzudenken. Jetzt, wo künftig mit sinkenden Steuererträgen gerechnet werden muss, wird sich das rächen. «In Zukunft kann eine substantielle Reduktion des Aufwands nur mittels Überprüfung der Aufgaben der Stadt Zürich erfolgen», schreibt der Finanzvorsteher im Vorwort zum Budget 2012. Es werde nun Sache der Politik sein, hier die entsprechenden Prioritäten zu setzen. Äxgüsi, aber letztes Jahr wollte eine bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat genau diese Prioritäten setzen, indem sie ein ausgeglichenes Budget verlangte. Der Stadtrat hintertrieb dieses Ziel, indem er unbestrittenen Hebammen- und Polizeistellen strich. Die Diskussion über Notwendiges und Wünschbares wurde verweigert ...

Plus 52 Prozent beim Personalaufwand in 10 Jahren

Nichtsdestotrotz holt unser Stadtrat aber auch mitten in dieser ungemütlichen Situation die ganz grosse Schöpfkelle hervor. Schon längstens sind die prioritären Legislaturziele «gesunde Finanzen» und die «Bildung von Reserven für die Zukunft» vergessen und Legislaturziele für schwierige Finanzlagen existieren auf dem stadträtlichen Wunschzettel überhaupt nicht, und obwohl der Stadtrat die Stellenvermehrung nach wie vor «weiterhin brem-

sen» will und der Stellenplanbeschluss, d.h. der Stellenstopp vom Stadtrat «in Kraft bleibt und künftig noch restriktiver gehandhabt werden soll», man fragt sich nur wann, geht der Stopp ausbau in der Stadtverwaltung auch nächstes Jahr munter weiter. Es sind wie gesagt, wieder 253,52 neue Stellen geplant.

Der voraussichtliche Personalaufwand von 2658 Millionen Franken liegt 171 Millionen Franken über den für das laufende Jahr budgetierten Ausgaben und wird 913 Millionen Franken oder über 52 Prozent über dem Personalaufwand von 2001 von 1745 Millionen Franken liegen!

Nettozinslast belastet den Haushalt mit 5,5 Steuerprozenten

Der Selbstfinanzierungsgrad, das heisst das Verhältnis zwischen Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen liegt mit 54,5 Prozent nach wie vor unter dem finanzpolitische Soll-Wert von 60 bis 70 Prozent Die Schuldlast unserer schönen Stadt wird entsprechend auf rund 9 Milliarden Franken verharren. Die tatsächliche Zinsbelastung vom Haushalt wird aber durch die Nettozinslast bestimmt.

Die Nettozinslast, d.h. die Differenz zwischen den bezahlten Schuldzinsen und den Vermögenserträgen inkl. den weiterverrechneten Zinsen wird um 18,4 Millionen Franken zunehmen und neu 85,6 Millionen Franken oder rund 235 000 Franken jeden Tag betragen und belastet den Haushalt mit 5,5 Steuerprozenten, was der Finanzvorsteher ganz salopp als «moderat» bezeichnet! Den zinslosen Darlehen an alle, wo von niemandem mehr Geld bekommen würden, von unserem Stadtrat aber grosszügig bedient werden einerseits und der nach wie vor 4 Zinsprozent kostenden 377 Millionen Restschuld gegenüber der Pensionskasse von der Stadt Zürich andererseits sei Dank!

Einladung

zur ausserordentlichen Generalversammlung
der SVP der Stadt Zürich

Dienstag, 17. Januar 2012, 20.00 Uhr

Pavillon Restaurant Muggenbühl,
Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich

Telefon 044 482 11 45

(S-Bahn S4 Haltestelle Zürich Brunau, dann 2 Min. zu Fuss oder Bus Linien 33 und 66 Haltestelle Thujastrasse; für Autofahrer sind total 35 PP vorhanden).

Traktanden

1. Begrüssung
2. Standortbestimmung des Stadtparteipräsidenten Roger Liebi
3. Statutenänderung § 16 der Statuten der SVP Stadt Zürich Neu:

Abs. 1:
Grundsätzlich besteht in jedem Stadtkreis als Unterorganisation der SVP-Stadtpartei eine SVP-Kreispartei. Diese kann auch mehrere Stadtkreise umfassen und besteht mit folgenden Organen: Kreisversammlung und Kreisvorstand.

Abs. 2:
Unverändert.

4. Diverses

Für Anträge an die Generalversammlung verweisen wir auf § 8 der Statuten.

Mit freundlichen Grüssen
SVP der Stadt Zürich

Roger Liebi
Stadtparteipräsident



Aufgaben überprüfen

Im Zuge von der nach wie vor prekären Situation an den Finanzmärkten und der grossen Abhängigkeit von den beiden Grossbanken kann nur eine einschneidende Kurskorrektur erfolgreich sein. Dem Fordern von immer weiteren städtischen Leistungen muss ein Riegel

geschoben werden. Ein Umdenken über die Rolle vom Staat ist dringend notwendig. Eine Ablösung vom gegenwärtigen Subventionssystem zugunsten von privatem Engagement muss das Ziel sein. Zürich kann sich nicht alles leisten.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Budget 2012 der Stadt Zürich – Auf dem Weg zu den Schuldengenos

GEMEINDERAT ROGER LIEBI
VIZEPRÄSIDENT DER RPK

GEMEINDERAT MAURO TUENA
FRAKTIONSCHIEF SVP

GEMEINDERÄTIN MONIKA
ERFIGEN, MITGLIED DER RPK

Die schwarze Null! Fast könnte man meinen, der rot-grün-blaurotgrüne Stadtrat mit Finanzvorstand Vollenwyder an der Spitze, träume seit dessen Amtsantritt gemeinsam keinen anderen Traum. Immerhin ist dieses Ziel so recht gut gewählt, wäre doch der Begriff «Rote Null» noch wesentlich symbolhafter für die Zürcher Regierung.

In den 10 Jahren zwischen 2003 und bis und mit Budget 2012, in welchen die linke Mehrheit über Zürich thront, konnten tendenziell stets steigende Steuereinnahmen registriert werden. Eine Auswirkung der starken Konjunktur und insbesondere des bis zur Ära Calmy-Rey/Widmer-Schlumpf noch starken Finanzplatzes.

Alle verantwortlichen Politiker dieser Stadt wissen hoffentlich wie abhängig Zürich vom Finanzplatz war und ist und wie stark gerade diese Industrie die Errungenschaften, oder sagen wir lieber die Ausgabeneuphorie von Verwaltung und Politik, der letzten Jahre erst ermöglicht haben.

Trotz dieser Steuerhochkonjunktur schaffte der Stadtrat ein regelrechtes Kunststück: 5x schwarze Null, 2x tiefrot, 3x Schaffung von Eigenkapital.

Noch viel erstaunlicher, ja geradezu beängstigend wirkt allerdings die Tatsache, dass es in dieser konjunkturell guten Zeit nicht gelungen ist, Schulden abzubauen.

Betrug die Nettoschuld 2003 noch 1,78 Milliarden Franken, sind es 2012 bereits 4,39 Milliarden – sage und schreibe eine Steigerung um 146 Prozent.

Rot-Grün wird diese Entwicklung lapidar übergehen und von Sondereffekten sprechen oder davon, dass die Stadt dafür in der ganzen Welt gülden glänzt. Sie vergessen dabei bewusst den beängstigenden – aber durchaus realistischen – Ausblick des Finanzvorstandes für die Jahre 2012–2015. Da schlägt der stadträtliche Schuldenteufel mit unverminderter Kraft zu, ja setzt sogar noch einen drauf. Die Bruttoschulden steigen demnach auf über 10 Milliarden Franken an, netto (man darf und muss sich allerdings fragen, ob Rot-Grün je bereit wäre Schulden mit Verkäufen aus dem Finanzvermögen auch in Cash und nicht nur virtuell zu decken) sollen es dann schon 5,2 Milliarden sein. Jeder der dann rund 400 000 Einwohner steht 2015 also mit über 25 000 Franken bei der Stadt in der Kreide. Früher gab es für Neugeborene ein Sparheftli, heute überreich Stadtpresident Mauch zur Begrüssung der neuen Erdenbürger das Schuldenbuch.

Es macht ganz den Anschein, dass die vereinigte Linke völlig unbeirrt auf den Spuren ihrer sozialistischen Schul-

dengegnossen in Europa marschiert. Diese ignorante Finanzpolitik ist nicht nur dort, sie ist besonders für die wirtschaftlich wichtigste Stadt der Schweiz mittel- und langfristig fatal.

Genau vor diesem Hintergrund ist das Budget 2012 reine Augenwischerei. Die Gesamtausgaben steigen erneut massiv stärker als das BIP. 2012 werden 479 Millionen Franken oder geschlagene 6 Prozent mehr ausgegeben als 2010. Seit 2003 beträgt das Ausgabenwachstum sogar schier unglaubliche 2 Milliarden Franken. Kein Wunder liegt doch alleine der jährliche Personalaufwand mittlerweile um 800 Millionen höher als 2003. Nicht einmal mehr Finanzvorstand Vollenwyder weiss, wo und weshalb der Personalbestand stetig steigt. Gleichzeitig fühlt sich der Stadtrat zusammen mit den Roten und Grünen aus allen Parteien wohl jeden Tag auf dem Christkindmarkt. Jeder Wunsch wird sich selbst erfüllt, Geld spielt keine Rolle. Da schreckt man weder von nachweisbar zu teuren Bauten zurück noch vor Halbwahrheiten wie sie im Rahmen der Abstimmung zum Glasfaserkabelnetz erfolgt sind.

Das von der Gegnerschaft damals prognostizierte Multimillionengrab wird immer mehr Wirklichkeit. Von den 6 Prozent Jahresrendite bleibt nichts mehr übrig – im Gegenteil: Nachschuss ist gefordert.

Da fühlt man sich doch irgendwie wie ein Lehman-Opfer. Aber hier wie dort zahlen die Kleinsparer die Rech-

nung, nicht aber die Verantwortlichen. Die SVP lässt sich vor diesem Hintergrund durch das vorgelegte Budget nicht täuschen, umso mehr als deutlich wird, dass seit Jahren der Saldo zwischen Entnahmen aus der Selbstfinanzierung gegenüber den entsprechenden Einlagen immer grösser wird. Ein Schelm ist, wer Böses denkt!

Der wirtschaftlich harten Zeit, die vor uns steht, muss konsequent und zum Wohle des einfachen Steuerzahlers, der Bevölkerung, und unserer Jugend begegnet werden.

Die SVP hat sich deshalb die Kritik des Stadtrates und der linken Parteien der letzten Jahre zu Herzen genommen und das Budget 2012 akribisch auf Einsparungsmöglichkeiten zum einen und auf Steuererleichterungen zum anderen geprüft.

Mit den eingebrachten Vorschlägen, bei welchen nirgends Pflichtleistungen der Stadt tangiert werden, könnte die Laufende Rechnung um 159 Millionen Franken entlastet, die Steuern um 5 Prozent gesenkt und erst noch die Schulden um 130 Millionen Franken vermindert werden. Gemessen an den Gesamtausgaben von 8,4 Milliarden kann dabei niemand ernsthaft behaupten wollen, dass damit die Stadt kaputt gespart werde.

Im Gegenteil: die SVP-Finanzpolitik ist angesichts der weltweiten Schuldenkrise moderner denn je, denn wer aus der Vergangenheit nichts lernt, ist in der Zukunft nichts wert!

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 19. Dezember 2011, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf, SVP Niederglatt, SVP-Frauen Kanton Zürich und Junge SVP Zürich Unterland
Montag, 2. Januar 2012, 10.30 Uhr (9.15 Uhr Türöffnung), Turnhalle Eichi, Niederglatt, Neujahrsveranstaltung mit Ansprache von Christoph Blocher «Würdigung grosser Zürcher Persönlichkeiten und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz»: Alfred Escher (1819–1882), Architekt der modernen Schweiz; Gottfried Keller (1819–1890, «Alles Grosse und Edle ist einfacher Art» und Rudolf Koller (1828–1905), Bilder als Erzählung von Natur und Tieren. Drei Hauptwerke Rudolf Kollers werden im Original gezeigt. Imbiss im Anschluss offeriert. Parkplätze vorhanden. 10 Minuten zu Fuss ab Bahnhof Niederglatt. Shuttle-Bus ab Bahnhof Niederglatt.

Bezirk Winterthur / Hettlingen
Freitag, 27. Januar 2012, Mehrzweckhalle Hettlingen, SVP-Jassturnier. Standblattausgabe 19.00 bis spätestens 19.20 Uhr. Anmeldungen bis Montag, 23. Januar 2012, an Walter Müller, Bahnhofstrasse 17, 8422 Pfungen, Telefon 052 304 00 00 oder E-Mail: mail@zier.ch.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Montag, 30. Januar 2012, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Sonntag, 25. Dezember 2011, 18.25 Uhr (Wiederholung jeweils nach einer Stunde), SonnTalk bei TeleZüri, u.a. mit Nationalrat Hans Fehr.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Dr. Yves Gadiet (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach, 8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29,
8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Freitag, 9. März 2012, 20.00 Uhr, Gemeindehaus, Brunnenhof 6, Ehrendingen/AG, Referat «Politik aktuell» mit Diskussion von Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Generalversammlung der SVP Ehrendingen.

Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schiffli, Diepoldsau SG, Referat von Nationalrat Hans Fehr «Die SVP am Puls des Volkes» im Rahmen der Generalversammlung der SVP Diepoldsau.

TERMINE 2012

Jetzt vormerken!

Dienstag	10. Januar	Büro der Parteileitung	
Freitag	20. Januar	Albisgüetli-Tagung	Zürich
Dienstag	24. Januar	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	24. Januar	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	28. Januar	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	7. Februar	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Affoltern
	13. bis 24. Februar	Sportferien	
Samstag	18. Februar	12. Jass-Cup SVP Schweiz	
	27. Februar bis 16. März	Frühlingsession	
Sonntag	11. März	Eidg. und kantonale Volksabstimmung	
Dienstag	13. März	Büro der Parteileitung	
	23. April bis 4. Mai	Frühjahrsferien	
	2. bis 4. Mai	Sondersession	
Samstag	5. Mai	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	8. Mai	Büro der Parteileitung	
Dienstag	15. Mai	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	15. Mai	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Dienstag	22. Mai	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Andelfingen
	28. Mai bis 15. Juni	Sommersession	
Sonntag	17. Juni	Eidg. und kantonale Volksabstimmung	
Montag	18. Juni	Fraktionsausflug (1. Möglichkeit) provisorisch	
Dienstag	26. Juni	Büro der Parteileitung	
Dienstag	3. Juli	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	3. Juli	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	14. Juli	6. SVP-Grümpelturnier	Winterthur
	16. Juli bis 17. August	Sommerferien	
Dienstag	14. August	Büro der Parteileitung	
Samstag	25. August	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	28. August	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Pfäffikon
	10. bis 28. September	Herbstsession	
Montag	17. September	Fraktionsausflug (2. Möglichkeit) provisorisch	
Fr/Sa/So	21./22./23. September	SVP-Schiessen	Bezirk Affoltern
Sonntag	23. September	Eidg. und kantonale Volksabstimmung	
Dienstag	2. Oktober	Büro der Parteileitung	
	8. bis 19. Oktober	Herbstferien	
Dienstag	23. Oktober	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	23. Oktober	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	27. Oktober	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	30. Oktober	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Horgen
Sonntag	25. November	Eidg. und kantonale Volksabstimmung	
Dienstag	27. November	Büro der Parteileitung	
	26. Nov. bis 14. Dez.	Wintersession	
Montag	17. Dezember	Fraktionsessen Kantonsrat	

6.4./Karfreitag	9.4./Ostermontag	16.4./Sechseläuten	17.5./Auffahrt	28.5./Pfingstmontag	10.9./Knabenschiessen
-----------------	------------------	--------------------	----------------	---------------------	-----------------------



ANZEIGE

GOAL GLOSSAR

simpel

«lat.» simplex – «einfach»

Wenn die Wählerinnen und Wähler auf der Strasse denken: «Diese Botschaft, dieses Plakat ist einfach und simpel, das könnte auch von mir kommen!», dann haben wir gewonnen. Denn dann versteht jeder die Kampagne. Deshalb entwickeln wir für unsere Kunden simple Botschaften und Visualisierungen. Weil Wahlen und Abstimmungen Mehrheiten benötigen!

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch